Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10287

31. 03. 98

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Irmingard Schewe-Gerigk, Franziska Eichstädt-Bohlig, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Matthias Berninger, Annelie Buntenbach, Rita Grießhaber, Monika Knoche, Halo Saibold, Marina Steindor und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/9750 –

Zweiter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Wohnen im Alter und Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Ein ausreichendes Angebot an bezahlbaren Mehrgenerationen-Wohnformen ist unverzichtbar, um älteren Menschen und auch pflegebedürftigen Personen angemessene Wohnformen anzubieten und sie vor sozialer Isolierung zu schützen. Gerade der Verlust von sozialen Netzwerken führt zu gravierenden Veränderungen in der Gestaltung des Alltags älterer Menschen und kann durch neue Wohnformen wirksam vermieden werden. Um ein verstärktes Angebot an Mehrgenerationen-Wohnformen zu gewährleisten, ist bei der anstehenden Novelle des 2. Wohnungsbaugesetzes auch die Mehrgenerationen-Wohnform als förderungswürdig aufzunehmen.

2. Durch ihren antiquierten Ehe- und Familienbegriff können Wohnberechtigungsscheine bisher nur an Familien und ihre Angehörigen ausgestellt werden. Neue Modelle gemeinsamen Wohnens von jüngeren und älteren Menschen sowie Wohngemeinschaften älterer Menschen werden dadurch im sozialen Wohnungsbau verhindert.

   Es muß ein Rechtsanspruch geschaffen werden, daß Einzelpersonen ihre Wohnberechtigungsscheine zum gemeinsamen Bezug einer größeren Wohnung zusammenlegen können. Bei der Zuteilung sind sie gegenüber Familien gleichzustellen.

3. Die jüngste Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zeigt, daß auch das Aus-

maß an Gewalt gegen ältere Menschen in familiären Beziehungen erschreckend hoch ist. Auch belastende Pflegesituationen und beengte Wohnverhältnisse tragen nicht selten zur Gewalt gegen ältere Menschen bei. Deshalb sind in Mehrgenerationen-Wohnformen auch Schutzwohnungen vorzusehen, damit ältere, von Gewalt bedrohte Menschen die Möglichkeit haben, den Ort der Gewalt zu verlassen. Die Bundesregierung muß deshalb darauf hinwirken, daß die Länder in ihren Richtlinien den Bau von Schutzwohnungen als förderungswürdig anerkennen.

Bonn, den 31. März 1998

Irmingard Schewe-Gerigk
Franziska Eichstädt-Bohlig
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Matthias Berninger
Annelie Buntenbach
Rita Grießhaber
Monika Knoche
Halo Saibold
Marina Steindor
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333